Morgen-Ausgabe
No. 311 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Donnerstag, 6. Juli 1911

Lokales

Alte Leute.

Vor einiger Zeit ist in einem Dörfchen im Bayerischen Walde die „älteste Frau" Deutschlands gestorben. Josepha Eder hieß die Gute. Allgemein wurde angenommen, daß sie es auf 117 Jahre gebracht habe. Man hatte vor einigen Jahren die „Aelteste" in Wort und Schrift gefeiert; man hatte ihre Armut in rührenden Gedichten geschildert, und darauf war ihr aus den verschiedensten Gegenden her eine Fülle von Gaben zugeströmt. Neben allerhand ebbaren oder sonst gut verwendbaren Dingen hatte sie mehrere tausend Märklein bares Geld erhalten. An einem einzigen Tage waren 92 Postanweisungen für sie eingegangen. Außer einer Menge bayerischer Orte hatten sich Oesterreich-Ungarn, die Schweiz, Italien, Frankreich und andere Länder an den Spenden für die „Patriarchin" des Deutschen Reiches beteiligt. Glückliche Josepha! Ihr Beispiel lehrt, daß man nicht nur im höchsten Alter, sondern auch mit diesem Alter wacker verdienen kann.

Nun ist die brave Frau tot. Ihr Ableben war Veranlassung, genau festzustellen, wann sie zu leben angefangen, und da hat man ermittelt, daß die Heimgegangene ihren Jahren ein volles Menschenalter zugelegt hatte. Nicht 117 Jahre, sondern nur 83 Jahre und 46 Tage war sie alt gewesen. Das ist auch ein hübsches Alter, aber mindestens zwanzig Jahre fehlten daran, um mit dem Anspruche, die „Aelteste" zu sein, auftreten zu können. Josepha Eder hatte in dieser Beziehung „großzügig" gehandelt. Wozu mit den Jahren knausern und feilschen?! Wenn eine Frau sich schon älter macht, dann gehörig. Hätte Josepha gesagt, sie sei 103 oder oder 104 oder 105 Jahre alt, so wäre sie nicht sicher gewesen, daß man in irgendeinem Winkel Deutschlands eine erfolgreiche Wettbewerberin um den Patriarchenruhm entdeckt hätte. Mit 117 Jahren aber war sie aller Nebenbuhlerschaft entrückt.

Eine Ironie der Geschichte ist es, daß gerade in Bayern diese unechte Hundertundsiebenzehnjährige leben und sterben mußte, daß gerade dort ihr Ruhm in gebundener und ungebundener Rede ertönte, denn gerade in Bayern hat man mit den Hundertjährigen trübe Erfahrungen gemacht. Ein bayerischer Statistiker, v. Mayr, war's, der den treffenden Ausspruch getan hat, daß man es bei allen Aufzählungen von Hundertjährigen, sofern nicht eine besondere amtliche Prüfung der betreffenden Altersangaben stattgefunden, nur mit einer Statistik von Gedächtnis- und Schreibfehlern zu tun habe, und in Bayern war's, wo zu Beginn der siebenziger Jahre das Geburtsjahr aller hundert Jahre und darüber zählen Wollenden und Sollenden eigens ermittelt wurde. Die damaligen Ergebnisse hätten ganz Bayern gegen die 117 Jahre der lieben Josepha Eder in hohem Grade mißtrauisch machen müssen. Nicht weniger als 37 Hundertjährige sollten damals in Bayern vorhanden sein. Die Feststellungen ergaben, daß diese Zahl um 36 zu hoch gegriffen war. Nur eine Person, eine Witwe, war wirklich über hundert Jahre alt, um das Alter der übrigen „Hundertjährigen" war es ähnlich wie um das Alter der Josepha Eder bestellt. Bei den Volkszählungen im Deutschen Reiche schrumpfte ebenfalls die Zahl der Hundertjährigen arg zusammen. Bei der ersten Zählung, am 1. Dezember 1871, wurden in Preußen 434 Hundertjährige aufgeführt. Wie in Bayern kümmerte man sich auch in Preußen näher um diese „Methusaleme", und da verschwand einer nach dem anderen aus den Listen. Am 1. Dezember 1900 gab es in Preußen nur noch 35 Hundertjährige. Bei der Zählung von 1905 aber waren es ihrer 52. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Aussicht, ein hohes Alter zu erreichen, infolge der beträchtlichen Fortschritte auf dem Gebiete der Gesundheitspflege immer mehr wächst. Die „Lebenserwartung" des Menschen, das Alter, auf das er hoffen darf, wird immer größer. Aber mit den Hundertjährigen ist es eine eigene Sache. Leute, die so alt sind, wähnen meistens, noch viel älter zu sein. Daraus entlehnen dann die Geschichten von den Hundertundsiebzehnjährigen. Auf so viele Jahre bringt es kein Mensch. Wenigstens fehlen die urkundlichen Beweise dafür, daß einer so alt geworden.

All die Erzählungen von Leuten, die ein staunenswert hohes Alter besitzen sollen — vor kurzem wurde sogar einmal ein 143jähriger aufgetischt, dessen Heimat eine russische Stadt sein sollte und von dem es hieß, daß er noch die große Katharina gekannt habe —, sind Fabeln. Auf einem Friedhof in Berchtesgaden, also auch in Bayern, befindet sich ein Grabstein, auf dem zu lesen ist: „Anton Adner, aus der Schönau, geboren 1705, gestorben 1822." Danach wäre der unter diesem Stein Ruhende, als er das Zeitliche segnete, 117 Jahre alt gewesen, genau so alt wie Josepha Eder, die „älteste Frau im Deutschen Reiche", gehalten wurde. Die Wissenschaft ist sich längst darüber einig, daß der Grabstein, wenn nicht lügen, so doch trügen muß. Anton Adner mag vielleicht geglaubt haben, 1705 das Licht der Welt erblickt zu haben, richtig ist diese Annahme aber nicht gewesen. Also: wenn wieder einmal über eine Person berichtet wird, der man ein Alter von elf Jahrzehnten und darüber nachsagt, so denke man an die 92 Postanweisungen, die an einem Tage der guten Josepha Eder zugingen, weil sie es verstanden hatte, sich 34 Jahre älter zu machen als sie war. Mit den angebisch Hundertjährigen geht es wie mit den Bildern großer Meister: es sind viel falsche darunter.

Die Berliner Umsatzsteuer. Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats tritt in einer Veröffentlichung einer auf Grund einer Entscheidung des Bezirksausschusses entstandenen Auffassung entgegen, als ob die Berliner Umsatzsteuer-Ordnung in ihrer Gesamtheit für ungültig erklärt worden sei. Der Berliner Magistrat erklärt durch das Nachrichtenamt demgegenüber folgendes:

„Die Berliner Umsatzsteuerordnung in ihrer Gesamtheit ist nicht für ungültig erklärt worden, vielmehr nur eine verhältnismäßig unbedeutende Einzelbestimmung, welche besonders Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, Kommanditgesellschaften und dergleichen betrifft. Und auch diese Entscheidung ist keine endgültige, sondern sie unterliegt zurzeit der Nachprüfung des Oberverwaltungsgerichts. Der beste Beweis dafür, daß die Gültigkeit der Umsatzsteuerordnung an sich auch vom Bezirksausschuß bis auf den heutigen Tag nicht bezweifelt wird, liegt darin, daß auch noch nach dem 2. Mai d. J. und bis in die jüngste Zeit verschiedene Urteile des Bezirksausschusses ergangen sind, welche Klagen, die gegen die Umsatzsteuerveranlagung der Stadt Berlin erhoben sind, zurückweisen. Ebenso hat sich das Oberverwaltungsgericht gestellt.

Hieraus erhellt auch, daß die von einer Seite aufgestellte Behauptung, ein erheblicher Teil des in den städtischen Haushaltsplan eingestellten Umsatzsteuerzolls werde nicht erhoben werden können oder gar zurückgezahlt werden müssen, auch selbst dann unzutreffend ist, wenn das Oberverwaltungsgericht etwa der Entscheidung des Bezirksausschusses beipflichten sollte."

Für unsere Leser, die verreisen.

Jeder Leser der **„Berliner Volks-Zeitung"**, der ins Bad oder in die Sommerfrische geht, kann sich die regelmäßige Lektüre unseres Blattes auch während der Dauer seiner Ferienzeit sichern. **Berliner Filial-Abonnenten** beantragen 4 Tage vor der Abreise die Ueberweisung nach ihrem neuen Aufenthaltsorte bei der zuständigen Filiale, von der sie das Blatt erhalten; **Postabonnenten** haben sich an das zuständige Postamt zu wenden. In beiden Fällen ist die amtliche Postüberweisungs-Gebühr zu entrichten. **Vor der Heimreise** haben Berliner Filial-Abonnenten **nur** die zuständige Filiale unter genauer Angabe der Berliner Adresse zu benachrichtigen; Postabonnenten dagegen beantragen die Rücküberweisung beim Postamt ihres Ferienaufenthalts-Ortes. Hierfür ist keine Gebühr zu zahlen.

Verschwindende Gärten.

Je größer die „Steinwüste" Berlin geworden, um so stärker wurde stets der Ruf nach grünen Oasen im Innern der Stadt erhoben. Die Forderung, wo es nur immer der Verkehr zuläßt, Parkanlagen oder doch wenigstens Anpflanzungen zu schaffen, ist um so mehr berechtigt, als mit der fortwährend wachsenden Bebauung und der enormen Preissteigerung von Grund und Boden die Privatgärten immer mehr im Schwinden begriffen sind. Dem ehedem gartenreichen Moabit steht der Verlust zweier großer gärtnerischen Anlagen bevor: der ehemalige Pflugiche Park in Alt-Moabit, der samt seiner Villa dem kommandierenden General des Gardekorps als Wohnsitz dient, der den Gartenwohnungen der Paul- und Spenerstraße Licht, Luft und den erquickenden Blick ins Grüne darbietet, und der gleichfalls in Alt-Moabit belegene Borsigsche Park mit seinen weitberühmten Blumen-, Palmen- und Orchideenhäusern mit seiner stilvollen Villa. Auch sie sind jetzt der Bebauung verfallen. Der Kommandeur des Gardekorps soll eine neue Wohnung nebst Diensträumen in der Hardenbergstraße erhalten, das Moabiter Grundstück aber zum Zwecke der Bebauung mit Mietskasernen veräußert werden. Dasselbe Schicksal steht leider in naher Zeit dem Borsigschen Park bevor, der bei der Veräußerung des benachbarten Fabrikgeländes als Wohnsitz der Frau Geheimrat Anna Borsig noch erhalten geblieben. Jetzt hat sich die Besitzerin entschlossen, nach dem Familiengut Grubhehnitz überzusiedeln und das Moabiter Parkgelände freizugeben. Der schöne Park wird jetzt gleichfalls der Bebauung mit Wohnhäusern erschlossen, womit dann die letzten äußeren Spuren an das Borsigsche Walten und Wirken in Moabit schwinden werden. Villa und Park waren um das Jahr 1848 von dem alten August Borsig, gleichzeitig mit dem benachbarten Eisenwerk, angelegt worden. Ein Gewinn erwächst hieraus für Moabit insofern, als jetzt mit der dringend notwendigen Verbreiterung der Westseite der Stromstraße auf der Strecke von der Lessingbrücke bis zur Straße Alt-Moabit vorgegangen werden kann. Gleichwohl bleibt das Eingehen des Borsigschen wie des ehemals Pflugschen Parkes ein schwerer Verlust für den Stadtteil, sowohl in ästhetischer wie in gesundheitlicher Beziehung.

Längst verwischt ist aber jede Spur der stattlichen Anzahl der parkartigen Gärten, die, meist unter der Leitung tüchtiger, sachmännisch bewährter Gärtner einst den Stadtteil Moabits zierten. Es sei nur erinnert an den berühmten Ravenéschen Park in der Werftstraße mit seinen ausgedehnten Treib- und Blumenhäusern, dessen Gelände seit dem Ausgang der 1880er Jahre dicht mit Wohnhäusern besetzt ist. Der umfangreiche, schon um 1830 angelegte Schumannsche Park in Alt-Moabit mit seinem prächtigen Baumbestand mußte 1887 dem Bau der Volkschen Meierei weichen und über den einstigen Cahnheimschen Garten in der Turmstraße geht jetzt die Bredowstraße hinweg. Dasselbe Schicksal traf den Wauerschen (später Hartmannschen) und den Begerowschen Garten in der Turmstraße an der heutigen Oldenburger und Emdener Straße.

Nicht besser sieht es in anderen Stadtteilen aus. Verschwunden ist der mit uralten Bäumen, die das Entzücken der kleinen Exzellenz Windthorst bildeten, bestandene Park von Soltmann u. Strube in der Alten Jakobstraße. Bebaut ist der prächtige Heckmannsche Garten am Görlitzer Ufer. Wer erinnert sich heute noch des Gartens an der Ecke der Belle-Alliance-Straße und des Tempelhofer Ufers, wo sich jetzt ein großes Warenhaus erhebt? Noch vor wenigen Jahren zählte man im Norden, auf dem Wedding, im Osten und im Stralauer Viertel Dutzende von großen Gärten. Alle haben sie dem Häusermeer weichen müssen. Auch die Allerletzten werden verschwinden.

Neben der außerordentlichen Preissteigerung des Bodenwertes die begreiflicherweise hauptsächlich zur Veräußerung aller dieser Besitzungen den Anreiz gab, hat wohl auch die Einführung der Besteuerung nach dem gemeinen Wert an Stelle der Steuer nach dem Nutzungswert hier und da den Anstoß zur Auflassung der Gärten gegeben. Denn für die Parks, die bis dahin keiner Steuer unterworfen gewesen, weil sie keinerlei Gewinn brachten — ihre Erhaltung verursachte ja obendrein noch erhebliche Kosten — mußte von da ab eine Steuer entrichtet werden. Aus den Gärten wurden Lagerplätze und aus diesen Bauplätze, auf denen sich schließlich große Mietskasernen erheben. Eine so ungemein lebhafte bauliche Entwickelung, wie sie Berlin durchlebt hat, und noch fortgesetzt erfährt, erfordert natürlich eine stetige Erweiterung der Aufschließung von Gelände, das zur Bebauung geeignet ist; und diese fortschreitende Ausdehnung saugt alle verfügbaren Terrains auf.

Polizeihundprüfung auf der Karlshorster Reunbahn. Vor etwa 400 geladenen Gästen aus juristischen Kreisen fand gestern auf der Karlshorster Rennbahn eine Vorführung der dem Berliner Polizeipräsidium gehörenden Polizeihunde statt. Es hatten sich zahlreiche Staatsanwälte, Richter und Referendare, außerdem viele Kriminalbeamte aus Berlin und von auswärts eingefunden. Kriminalkommissar Leonhardt, der Leiter der Polizeihundstation in Grünheide bei Erkner, hielt zunächst einen Vortrag über das Polizeihundwesen und über die verschiedenen Arten der Verwendung des Polizeihundes. An den Vortrag schloß sich eine praktische Vorführung von elf Polizeihunden, bei der das Aufnehmen und Verfolgen einer Fährte, die Verfolgung und Stellung eines Verbrechers, das Ueberklettern von schwierigen Geländehindernissen gezeigt wurde. Der Vorführung wohnte auch der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, bei.

Die Reichsversicherungsordnung und die kleinen Krankenkassen.

Im Gewerkschaftshause tagte eine Konferenz von Vertretern derjenigen Berliner Ortskrankenkassen, die weniger als 500 Mitglieder zählen. Die Ortskrankenkassenvorstände der Bildhauer, der Goldschmiede, der Graveure, der Sattler und der Vergolder hatten die Konferenz einberufen, zu dem Zwecke einer Aussprache über den Zusammenschluß der kleinen Kassen zu einer gemeinsamen größeren Kasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Auf die Einladung, die an dreißig Kassen ergangen war, hatten 15 Kassen zusammen 45 Vertreter entsandt. Vier Kassen hatten ihr Ausbleiben entschuldigt, sich aber mit dem Grundprinzip der Konferenz einverstanden erklärt.

Der Vorsitzende der Bildhauerortskrankenkasse, Herr Waldeyer, begründete kurz die Notwendigkeit einer Zusammenlegung der kleinen, wenig leistungsfähigen Kassen zu einer größeren Kasse, die mit einer größeren Mitgliedergahl leistungsfähiger sei und den Anforderungen genügen könne, die nach Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung an die Kassen gestellt werden. Schon früher seien Bestrebungen im Gange gewesen, eine Zentralisierung der Kassen herbeizuführen, die Aufsichtsbehörde sei aber damals auf diese Wünsche nicht eingegangen mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichsversicherungsreform, von der eine Regelung der Verhältnisse erwartet wurde.

Der Rendant der Bildhauerkasse Herr Stöber gab einen Ueberblick über die Kassenverhältnisse in Berlin. Es bestehen hier 30 Ortskrankenkassen, die weniger als 5000 Mitglieder haben. Davon haben 15 weniger als 1000 Mitglieder, sind also kleine leistungsunfähige Kässchen, 7 haben 1000 bis 2000 Mitglieder, 3 2000 bis 3000 und nur 5 über 3000 Mitglieder.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich unter den Delegierten darüber, ob die kleinen Kassen ohne Rücksicht auf die Berufe sich zu einer allgemeinen Kasse zusammenschließen sollen, oder ob man die verwandten Berufe in mehrere größere Kassen zusammenlegen soll. Die Notwendigkeit einer Zentralisierung wurde von allen Rednern anerkannt. Einige Delegierte traten für den Anschluß kleinerer Kassen an die großen Kassen verwandter Gewerbe ein. Die Mehrzahl der Vertreter sprach sich für die berufliche Gliederung der zu schaffenden größeren Kassen mit der Begründung aus, daß die Aufsichtsbehörde schwerlich einer nicht nach Berufen gegliederten allgemeinen Kasse zustimmen werde, da ja nach diesem Prinzip schon die allgemeine Berliner Ortskrankenkasse aufgebaut sei. Von anderen Rednern wurde wieder betont, daß leistungsfähige Kassen nur dadurch geschaffen werden könnten, daß man diejenigen Kassen, die bei der Eigenart des von ihnen vertretenen Berufs viele weibliche Mitglieder haben und deshalb stärker belastet und weniger leistungsfähig sind, mit anderen Kassen zusammenlege, bei denen diese Voraussetzungen vorhanden sind. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß die Konferenz noch keine endgültigen Beschlüsse fassen könne, sondern daß die Angelegenheit erst die Generalversammlungen der einzelnen Kassen beschäftigen müsse, und daß auch mit der Aufsichtsbehörde erst Fühlung zu nehmen sei. Jedenfalls müsse aber unter den Kassen eine Vereinbarung noch vor dem Inkrafttreten der Einführungsbestimmungen der Reichsversicherungsordnung erfolgen, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die Behörde die einzelnen Krankenkassen gegen ihren Willen willkürlich zusammenlege.

Die Konferenz beauftragte schließlich den Vorstand der Ortskrankenkasse der Bildhauer, eine Konferenz der Krankenkassenvorstände einzuberufen, die eine engere Kommission beauftragen soll, die Vorbereitungen für eine Zentralisierung der Kassen in der einen oder der anderen Richtung zu treffen und mit der Aufsichtsbehörde Fühlung zu nehmen. Nachdem dies geschehen ist, soll eine neue Konferenz der Krankenkassendelegierten endgültige Beschlüsse fassen.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn im Juni betrugen nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats 160 614,75 Mark gegen 126 494,75 Mark im Juni 1910, daß ist eine Tageseinnahme von 5353,83 Mark gegen 4216,49 Mark im Juni 1910. Es wurden insgesamt 1 743 518 Personen gegen 1 383 084 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Juni gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängewagen) ist von 232 978 des Vorjahres auf 337 877 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 47,53 Pfennige gegen 54,29 Pfennige im Vorjahre.

500 amerikanische Seekadetten in Berlin. Eine friedliche Invasion fremdländischer Seeleute, die des freundlichsten Willkommens der Berliner sicher sein kann, vollzog sich gestern abend vom Bahrter Bahnhof aus. Dort waren fünfhundert Midshipmen von dem zurzeit im Kieler Hafen ankernden nordamerikanischen Schulschiffgeschwader mit dem Hamburger Schnellzug eingetroffen. Schlanke Gestalten mit wettergebräunten jugendlichen Gesichtern. Eine einfache schwarze Jacke und die gleichfarbige Marinemütze bildet die ganze Uniform der amerikanischen Seekadetten. Jeder der jungen Seeleute trug einen kleinen schwarzen ledernen Schiffskoffer in der Hand. In zwanglosen Gruppen strömten die Kadetten aus der dunklen Halle ins Freie, wo sich ebenso wie auf dem Bahnsteig ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. In kleinen Abteilungen zu dreien und vieren bestiegen dann die amerikanischen Gäste die bereitstehenden Automobile, um sich nach allen Richtungen in die Stadt zu zerstreuen, wo sie für drei Tage in verschiedenen Hotels wohnen werden. In ihrer Begleitung befand sich kein einziger Offizier. Auch der Umstand, daß zur Begrüßung auf dem Bahnhof weder Angehörige der amerikanischen Botschaft noch der amerikanischen Kolonie anwesend waren, kennzeichnet den rein privaten Charakter dieses Massenbesuches der amerikanischen Seekadetten in Berlin, denen lediglich Gelegenheit gegeben werden sollte, die Reichshauptstadt kennen zu lernen. Irgend welche Festlichkeiten der amerikanischen Kolonie sind nicht vorgesehen. Die Rückreise der Midshipmen nach Kiel erfolgt am Sonnabend Mittag.

Berlin als Fremdenstadt. Im Monat Juni wohnten in Berlin in Gasthöfen 93 580 Personen, in Hotels garnis und Chambres garnies 4772 und in sonstigen Anstalten zur Beherbergung Fremder 18 646, zusammen also 116 998 Personen. Davon stammten aus Rußland 10 998, Oesterreich 5517, Frankreich 920, England 1364, Italien 558, aus der Türkei 169, aus Spanien 107, Portugal 66, Schweden 1877, Norwegen 879, Dänemark 1249, Belgien 269, Holland 295, aus den Balkanstaaten 277, aus der Schweiz 481 aus Asien 118, Afrika 94, Amerika 3953 und aus Australien 57 Personen.

„Handels- und Industrieausstellung Riga 1911". Ueber die gegenwärtig in Riga stattfindende „Handels- und Industrieausstellung" liegt der Ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie", die seinerzeit von einer Beteiligung abgeraten